

Gesamtschule mit fünf Zügen

Die Reduzierung hat vor allem mit dem geplanten Umbau zu tun. Außerdem stand im Haupt- und Personalausschuss die angespannte Haushaltslage der Stadt im Blickpunkt

Von Tim Gelewski

Iserlohn. Die Gesamtschule Iserlohn wird zum Beginn des Schuljahres 2021/2022 von sechs möglichen auf fünf Züge reduziert. Dies hat in seiner Sitzung der in der Pandemiezeit bevollmächtigte Haupt- und Personalausschuss beschlossen. Die Entscheidung fiel knapp aus. Für die Reduzierung hatten CDU, FDP und AfD gestimmt, dagegen votierten SPD, Linke, UWG sowie „Die Iserlohner“. Die Grünen enthielten sich.

Ausschlaggebend für das Abstimmverhalten der Mehrheit der Ausschussmitglieder dürfte neben den in den vergangenen Jahren fünf Zügen entsprechenden Anmeldezahlen vor allem die Tatsache gewesen sein, dass die Schule modernisiert werden soll und in den bisherigen Planungen auch für das Raumprogramm von einem Bedarf von fünf Zügen (Sek I) ausgegangen wird, wie der Beigeordnete Martin Stolte für die Stadtverwaltung ausführte. „Das ist die Krux“, sagte auch Bürgermeister Michael Joithe. Die Beibehaltung von sechs Zügen würde ein „Umdenken bei den Planungen am Nußberg und in Gerlingsen“ erfordern, so Stolte. Auch die Gesamtschule selbst hat sich bereits mit der Reduzierung einverstanden erklärt.

Frühzeitige Festlegung in der Kritik

Der Grund, warum sich gleich mehrere Fraktionen dennoch nicht mit der Reduzierung anfreunden konnten beziehungsweise den Beschluss zumindest in die Zukunft vertagen wollten, lag in der aus ihrer Sicht unnötig frühzeitigen Festlegung auf die Zügigkeit. „Wir beziehen uns nicht auf die Anmeldezahlen, das gleicht einem Blindflug“, erklärte Oliver Ruhnert (Linke). Es dürfe nicht sein, dass Kinder, die zur Gesamtschule Iserlohn wollten, am Ende abgelehnt werden könnten. Für die Vertagung des Beschlusses auf die nächste Sitzung des Ausschusses Ende Februar sprach sich



Weniger Züge, dafür bald ein neues Raumprogramm: Die Gesamtschule Iserlohn stand im Mittelpunkt einer Grundsatz-Diskussion im Haupt- und Personalausschuss.

FOTO: MICHAEL MAY

Weitere Beschlüsse im Haupt- und Personalausschuss

■ Auf Antrag der FDP-Fraktion und Empfehlung des Beirats für Menschen mit Behinderungen ist die Umsetzung **eines Tages der beruflichen Teilhabe** beschlossen worden. Bei einem Aktionstag soll Menschen mit Behinderungen so die Möglichkeit gegeben werden, an einem Tag in den all-

gemeinen Arbeitsmarkt „reinzuschnuppern“ und bei Unternehmen Vorbehalte abzubauen.

■ Auf Antrag der CDU werden **Blühflächen in der Innenstadt** durch das Pflanzen von Blumenzwiebeln erweitert. Es sollen zudem Paten gefunden werden.

darum Peter Leye (SPD) aus – am Ende aber vergeblich.

Hauptthema, so es denn eins gibt, war im Ausschuss aber die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs nebst den traditionellen Reden von Kämmerer und Bürgermeister.

Wie berichtet, weist der Haushaltsentwurf für 2021 ein Defizit von rund 16,2 Millionen Euro aus. Der Plan ist somit lediglich 961.000 Euro unterhalb der Haushaltssicherungsschwelle.

Ein höherer Fehlbetrag konnte nur durch Anwendung des Geset-

zes zur Isolierung der aus der Covid-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten vermieden werden. In der Folge müssen die isolierten Beträge aus dem laufenden Kassenkredit finanziert werden und können ab dem Jahr 2025 im Rahmen einer Bilanzierungshilfe über 50 Jahre abgeschrieben werden. Das Volumen der aufgrund von Corona „isolierten Summe“ beträgt erhebliche 13,3 Millionen Euro.

Schwere Zeiten also für Kämmerer Michael Wojtek, der in Bezug

auf 2021 mit Gewerbesteuer-Einnahmen von 52 Millionen Euro plant – ein Minus allein in diesem Bereich um 13,1 Millionen gegenüber 2018. „Eine Erholung ist möglich, aber zurzeit völlig ungewiss, auch wenn sich die Stadt bisher stets auf die Leistungsfähigkeit und das Erholungsvermögen der heimischen Unternehmen verlassen konnte.“ Größter Kostenpunkt sind mit 82 Millionen (26,15 Prozent vom Gesamthaushalt) erneut die Personalkosten. Bezogen auf die nahe Zukunft warnte Wojtek: „Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als die eigene kommunale Finanzhoheit zu erhalten.“ Käme die Haushaltssicherung, so der Kämmerer, würden wichtige Standortfaktoren wie die Sport- und Kulturförderung als freiwillige Aufgabenbereiche am stärksten leiden.

Michael Joithe appellierte in Richtung Bund: „Im Angesicht von milliardenschweren Rettungspaketen können wir Bürgerinnen und Bürgern nicht erklären, dass wir die Kommunen ausbluten lassen.“